

Merseburger Kurier

Ersteinst täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. — Verkaufspreis in Merseburg: Monatslich 1 Mark, vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. In anderen Orten entsprechend. — Druck und Vertrieb durch die Verlagsanstalt „Der Chronik von Merseburg“.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den abgehaltenden Blattmeterum 80 Pf., für den laufenden 120 Pf., für die ersten 10 Zeilen in der ersten Spalte halber. — Druck und Vertrieb durch die Verlagsanstalt „Der Chronik von Merseburg“.

„Amtsblatt für den Kreis Merseburg“ „Amtsblatt der Stadt Merseburg“ „Am häuslichen Herd“ „Der Chronik von Merseburg“

Nr. 183

Montag den 8. August 1921

48. Jahrg.

Künftige deutsch-englische Interessengemeinschaft?

In einem führenden Wiener Blatt veröffentlichte der Leiter der englischen Wirtschaftspolitiker Hermann Angell bemerkenswerte Ausführungen, die ohne Zweifel die Ansicht englischer Kreise wiedergeben und, wenn sie sich auch zunächst an die Adresse Frankreichs wenden, doch tatsächlich auch an die Deutschlands gerichtet sind, was aus dem Wortlaut des Artikels an mehreren Stellen unmittelbar hervorgeht. Die Ausführungen beginnen mit Feststellung der Tatsache, daß das Kriegsende die Lebensstellung der Bevölkerung der mitteleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft katastrophal abgedrückt habe. Infolgedessen hätten diese Gebiete ein unbedingtes Interesse daran, daß die internationalen Zusammenhänge der europäischen und der Weltwirtschaft wieder hergestellt und nicht durch übertriebene Modifikationen anderer Staaten, deren Hegemoniebestrebungen noch auf der alten Meinung, daß jedes nationale Gebiet ein selbständiges Gebilde bilden. Denn diese mitteleuropäischen Gebiete seien auf die Wirtschaftsfähigkeit und die Naturerzeugnisse der eigenen Welt angewiesen, deren Einfuhr sie nicht mit den Produkten ihrer verarbeiteten Industrie bezahlen könnten. Da nun für diese mitteleuropäischen Gebiete infolge der Kriegsergebnisse eine Marktlücke, die fremdwirtschaftliche Lieferungen ihres Verbrauchsbedürfnisses ergänzen könnten, nicht in Betracht komme, so müßten sie gerade die natürlichen Zusammenhänge der Wirtschaft, soweit sie international wären, ganz besonders anstreben.

Weiter führt der Artikel aber aus, daß man wohl in Mitteleuropa noch nicht daran gedacht habe, wie sehr auch England, obwohl es durch den Ausgang des Krieges gewisse politische Vorteile vor Mitteleuropa voraus habe, sich doch in der gleichen Lage befinde. Denn in England erkenne man, daß die wirtschaftliche Wohlfahrt eine von der wirtschaftlichen Wohlfahrt anderer Nationen nicht trennen können. Es lag also auf der Hand, die Zusammenhänge zum Ausdruck zu bringen. In England müßte vielmehr, denn in Mitteleuropa auf friedlichem Wege sich jene Marktlücke und damit jene Verbeugung seiner Produktion sichern, die einzig imstande wäre, Englands Wirtschaft zu erhalten. In dieser Beziehung verließen also die englischen Interessen mit denen Deutschlands parallel, und von diesem Standpunkte aus hätten somit die internationalen Pläne, die manche deutschen Politiker und da und dort auch französische begünstigen, keinen natürlichen Sinn.

Diese Überlegungen liegen in der gegebenen Verbindung der schon früher skizzierten Ideen (S. 182) und werden uns zum Teil auch bei bekannter Rede Herr Kennan, die trotz ihrer unpolitischen Gewaltsamkeit hinsichtlich der deutschen Wirtschaftsentwicklung eine Kooperation der deutschen und angelsächsischen Wirtschaftsgemeinschaft befürwortet. Es ist unverständlich, daß im Hintergrund dieser Ausführungen, deren verhängnisvolle Ständegebungen zweifellos untereinander zusammenhängen, vor allem das russische Problem steht. In England weiß man, daß der in kommunistische Welt zu zerfallenden England und Deutschland irgendwelche Vorteile werden muß, und daß Deutschland nur zwischen diesen Plänen und einer wirtschaftlichen Beschäftigung mit England zu wählen hätte. Ein Wirtschaftler überlegen die Dinge anders. Denn die französische Politik, die, trotz dem Unterschied der der englischen, seinen tiefen wirtschaftlichen Erwägungen folgt, sondern den nationalökonomischen Raum weiterdarum, meint natürlich unter Kontinentalpolitik nichts anderes als die politische Vorkriegspolitik Frankreichs in Europa, wobei Deutschland nur die Verkehrs- und wirtschaftliche Beziehungen zu Frankreich nach England wiederherstellen müßte. Aber dieses müßte sich Frankreich wohl auch deshalb politisch sichern, weil der seiner Wirtschaft eine sehr wirtschaftliche Zusammenfassung der menschlichen Produktionskräfte Deutschlands einen natürlichen Fortschritt der Wirtschaft bedeuten würde. Es ist auch kaum anzunehmen, daß die französischen Kontinentalpolitiker dieselbe Meinung wie die deutschen. Denn, wie die Lage heute ist, müßte Frankreich den Deutschen entgegenkommen, wenn aus der Kontinentalpolitik Ernst werden sollte. Frankreich hat in dieser Sache etwas zu sagen, Deutschland aber, hat dem Verfall der Welt, nichts mehr. Ein Entgegenkommen Frankreichs scheint aber auf lange Zeit hinaus ausgeschlossen zu sein. Für die nächste Zeit also bietet sich die Bildung eines Wirtschaftsgemeinschaft der Handelsgebiete England und Mitteleuropa ein ebenso natürlicher Ausweg aus ihren Schwierigkeiten, die der Weltkrieg hat und der Versailles Vertrag verlängert. Alle diese Dinge haben mit Politik nichts zu tun, können aber dennoch, vielleicht gerade deshalb, für die Politik der nächsten Zeit ausschlaggebend sein. Darum, und nicht aus deutschen Interessen, ist die Sicherung Frankreichs zu erklären!

Die gewaltsame Franzöisierung des Saargebietes.

Berlin, 8. August. (Drahtbericht der Berliner Groß-Redaktion.) Kurz vor Redaktionschluss wird uns aus Saarbrücken telephonisch mitgeteilt, daß die Saarregierung, wie man bei der diktorischen Handhabung ihrer Angelegenheiten nicht erwarten konnte, die Durchführung der Justizreform mit dem Saargebiet ausnahmsweise durchgeführt hat. Durch Veröffentlichung in Nr. 10 und Nr. 11 des Amtsblattes der Regierungskommission des Saargebietes hat die Abänderung der Justizreform erhalten, obwohl alle Parteien sowie die Kreis- und Bezirksräte sie ablehnten haben.

Damit hat die französische Regierungskommission des Saargebietes (darüber) der Saarverwaltung mit dem Wese eines unangelegenen Justizreform eine vollkommen neue öffentliche Rechtsordnung aufzuzwingen; eine Maßnahme, die mit volkreicher Sicherheit auf die vollkommene Franzöisierung des Saargebietes hinführt, da sie die letzten Grundzüge der bisherigen deutschen Institutionen im Rechts- und Verwaltungsstellen des Saargebietes beseitigt. Die Saarregierung hat dabei sehr reichlich erogen, daß die Einführung neuer Rechtsvorschriften — und dies gilt besonders für die Sanierung der Justizprozedur — im Laufe eines Jahres ihre Wirkung auf die handelsrechtliche Unterwerfung der Saarverwaltung nicht verfehlen kann, wenn nicht nur das wirtschaftliche, sondern auch das allgemeine soziale Leben daran in Mitleidenschaft gezogen wird. Schon die planmäßige Schaffung eines völlig neuen Rechtsbegriffes des „Sachwalters“ gemäß, um den Bestimmungen der französischen Politik, direkten Einfluß auf die Zusammenlegung der mit dem Staatsbürgerrecht ausgeschalteten Bewohner des Saargebietes zu gewinnen, alle Schritte zu tun. Auf Kosten der bisher als ungeschickten Saarverwaltung soll in Zukunft ein handelsrechtliches Verwaltungsgremium der eingewanderten Franzosen den wirtschaftlichen und sozialen Wert des Saargebietes leistungsfähig. Die deutsche Bevölkerung des Saargebietes, die hier ein konkretes Existenzrecht besitzt, sich sich ergebend, mit allen Mitteln gegen eine derartige Vergewaltigung zu wehren.

Die sozialdemokratische „Volksstimme“ in Saarbrücken schreibt dazu: „Alle Einwendungen gegen die Vorlage der Regierungskommission sind in dem Grundgedanken zum Ausdruck gebracht worden, daß die Bevölkerung, einer heranziehenden Justizreform, niemals beizupflichten, hat die Regierungskommission mit einer unzulässigen Handlungswegung beiseite — gelassen. Diese Maßnahme trug die Regierungskommission so ein, und ihre Wirkung der Wille der Bevölkerung befürchte sie in unerschöpflicher, daß dem erst gestern herausgegebenen

Gerechte Entschädigung über Oberschlesien!

Dante, Montag, beginnt die entscheidende Beratung des Obersten Rates in Paris über die oberirdische Grenzziehung. Wenn man den letzten Verhandlungen aus England und Italien Glauben einreden dürfte, würde Deutschland mit großer Begeisterung der Entschädigung entgegenkommen können. Denn sowohl die englische, wie die italienische Presse ist wohl einmütig in der Überzeugung, daß eine gerechte Lösung aufstehen muß. Wie verlor und das deutsche Volk mit. Gerade in diesem Zusammenhang nur eine Entschädigung sein, die sich an den Wert der verfallenen Verträge, an das Ergebnis der oberirdischen Volksabstimmung und an die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen des vertriebenen Anwohners stellt. Alles das aber spricht in der Gesamtheit und im einzelnen für die Beteiligung Oberschlesiens an das Reich. Der Scherzartigendenausdruck, daß die gerechte Lösung nicht finden können und seine Arbeit deshalb ergebnislos beendet. Um so mehr muß erwartet werden, daß der Oberste Rat zunächst eine unabhängige Entschädigung stellt. Ein Vorkursus wäre sicherlich und bedeutete mehrdeutlich sofortige neue Vorkursus mit allen ihren unangenehmen Folgen. In England und in Italien scheint man aber in letzter Stunde vor Erkenntnis zu haben, daß etwas unabhängiges geschaffen werden muß. Auch die Gefahr, daß eine ungerichtete Lösung Oberschlesiens zu einem neuen Kriegszustand und zum sicheren Ausbruch neuer künftiger Kriege machen müßte, wird von den englischen und italienischen Regierungskreisen nicht mehr bestritten. So scheinen dem Ansehenleben in größter Stunde die Ansichten für eine gerechte Entschädigung nicht mehr so unerschütterlich. Aber Frankreich hält fest an seinem Abwehrstand fest. Man darf aber erwarten, daß die Briten alle Kräfte bringen lassen um Velen die besten Teile Oberschlesiens zuzuführen. Selbst mit dem Gedanken eines Bruchs der Entente wird geteilt, damit Frankreich freie Hand gegenüber Deutschland erhalte. Wir werden also gut tun, und nicht ausweichenden Forderungen hinzugeben. Das deutsche Volk soll vielmehr die Pariser Entschädigung mit starken Nerven, wenn auch mit kloppendem Herzen erwarten.

Die Sitzung des Obersten Rates im Zeichen völliger Ungewißheit.

Paris, 7. Aug. (Lloyd George) und Lord Curzon und die gesamte britische Delegation sind heute in London. Der Oberste Rat hat heute abend hier begonnen. Die beiden vom Ministerpräsidenten Briand und zwei anderen offiziellen Persönlichkeiten empfangen. Briand ist von Lloyd George für heute abend zu einem Essen eingeladen worden. Die erste Sitzung des Obersten Rates beginnt Montag vormittag erst um 10 1/2 Uhr, um dem italienischen Ministerpräsidenten Bonomi zu ermöglichen, an der Teilnahme. Der italienische Minister für auswärtige Angelegenheiten, Marquis della Rocca, kam am Sonntag in Paris an. Ministerpräsident Bonomi trifft erst kurz vor Beginn der ersten Sitzung des Obersten Rates in Paris ein. Die französische Delegation beim Obersten Rat setzt sich zusammen aus dem Ministerpräsidenten Briand, dem Minister Leblond und dem Generalsekretär Berthelot.

Amtsblatt Nr. 10 schon heute das Amtsblatt Nr. 11 nachfolgt, das ganz von der Verordnung ausgeht. Das außerordentlich-bürokratische Verhalten der „Fremden“ im Deutschen Reich (Artikel 18 des Abkommens) des Friedensvertrages von Versailles, das nicht zum ersten Male sich offenbart und zur Kritik wie zum öffentlichen Protest herausfordert, macht die Erläuterung von Umständen durch die gebilligten Vertreter der Bevölkerung zur Forderung. Die werden in Erwägung ziehen müssen, wie sich hierzu noch einmal die unüberwindliche Stellung hineinbringen lassen sollen. Das „Nein“ muß unabweisbar zum Ausdruck kommen, so daß es aller Welt und dem Vorkommenden insbesondere nachdrücklich in den Ohren klingt.

Einige Unterredung Lloyd Georges mit Briand unter vier Augen (London, 8. Aug.) Lloyd George hatte gestern abend dem Ministerpräsidenten Briand zum Essen nach dem Hotel Carlton eingeladen. Das Essen trug durchaus intimen Charakter. Zur Sir Albert Borne und zwei Schwestern von Lloyd George waren anwesend. Nach dem Essen unterredeten sich die beiden Männer über die wichtigsten politischen Fragen der Welt. Während des Vormittags wird sich Lloyd George mit den englischen Unterredungen befassen, die an den Abenden bis zum Freitag der Vorbereitung der oberirdischen Frage beizugehen. Die Agentur Evans glaubt zu wissen, gefahren ab sei auf englischer Seite der Wunsch aufgetreten, durch eine unmittelbare Verhandlung eine Veränderung des englisch-französischen Verständnisses über die Teilung Oberschlesiens herbeizuführen, worin zuerst noch eine sehr große Meinungsverschiedenheit besteht.

Wie der Welt Paris glaubt, wird in der heutigen Sitzung des Obersten Rates befragt werden, die mitteilbaren Sonderbedingungen dieser Welt. General Briand, Sir Oswald Stanier, General de Martini und Marshall Foch. Das Wort glaubt übrigens, daß die erste Sitzung des Obersten Rates erst morgen oder übermorgen stattfinden wird.

Warum Belgien ausgeschlossen wurde.

Paris, 8. August. (Revue) (Lloyd George) über die Salzung Belgiens bemerkt der Ministerpräsident des Tages, dem Belgien zu der Teilnahme an den Beratungen über Oberschlesien ungenügend waren würde, so wäre es keineswegs sicher gewesen, daß die Teile der englischen Delegierten bei Seiten auf irgendwelchen Widerspruch eingehen wäre. Gemäß politischer Kreise, insbesondere die sozialistischen Minister in Belgien blühen sich rücksichtslos dem englischen Einfluß zu und in der oberirdischen Frage bei.

Die Sitzung des Obersten Rates steht im Zeichen vollständiger Ungewißheit. Es läßt sich heute in keiner Weise vorhersehen, ob es möglich sein wird, die so fortwährend ausgetragenen Verhandlungen Frankreichs und Englands auf eine gemeinsame Formel zu bringen. Die französische Politik nimmt heute große Zurückhaltung an und verweigert nicht nur nicht nur den Sitzungen des Obersten Rates, irgendwelche Grenzbestimmungen Englands vorzunehmen. Nur das getreuete Amtsblatt Briands, der „Mitte“, ergeht sich in Angriffen auf Lloyd George, der er nachdrücklich, daß er durch die letzte Konferenz der Dominions sich nicht mehr abgeben sollte, um in der oberirdischen Frage seine Politik zu verfolgen. Die australischen, kanadischen und afrikanischen Minister hätten Lloyd George für Deutschland, China und dem Orient alle Maßnahmen erteilt. Niemand hätte in die Dominions nicht mehr Interesse mehr, nachdem die französische Politik, welche die deutschen Militärischen nicht mehr bedroht ist. Lloyd George habe sich auch mit Italien wegen der italienischen Frage und mit Belgien wegen der belgischen Frage abgefunden. Da er keine Verträge, keine Konferenzen und keine Arbeiter für seine Politik gewandt und da er auch die letzte Meinungsverschiedenheit mit Frankreich wegen der Verhältnisse in Belgien auszuweisen Amt bezieht, so hat Lloyd George die letzten Kräfte von Träumen in letzter Stunde und nicht ohne am Montag seinen Standpunkt in der Frage der Truppenbewegung in voller Autorität darlegen können. Die Lage Briands werde nicht leicht sein, er brauche sich nicht erdrosseln zu lassen, denn alle Deputierten der großen Diplomaten werden in dieser Stunde sein. Gegenüber Lloyd George gebe es nur zwei Möglichkeiten, entweder sich zu verweigern oder zu brechen. Sich verweigern, heißt nicht, daß man brechen wird. Der englische Ministerpräsident müsse wissen, daß es eine Frage für die Verantwortlichkeit Frankreichs gebe, und Frankreich sei noch lange nicht verloren, wenn England ihm seine Unterstützung verweigere.

Was die Tagesordnung des Obersten Rates anbetrifft, so ist sie in der ersten Sitzung bekannt. Zur Zeit gehen eine neue Frage hinzu, und zwar infolge der bringenden Vorstellungen des italienischen Obersten Rates in Paris. Man beabsichtigt am dem zum 1. Sept. auch die Frage der Entschädigung für Oberschlesien zu erörtern, namentlich die Forderung der Generalabstimmung, die der Vertrag von Germanien den Alliierten verleiht hat.

Auch eine andere Frage soll besprochen werden, worauf Frankreich besonders Wert legt. Es ist sich beim besten Willen nicht mehr entscheiden läßt, was besser für Frankreich ein Zusatzbestimmungen bei den Sitzungen war, nämlich die deutsche Erklärung über die Verarmung zu bringen, so hat man jetzt meistens den Ausweg gefunden, daß man erklären läßt, die

Zusatzbestimmungen

des Versailles Vertrages seien von Deutschland in nicht genügender Weise durchgeführt. Demnach wird man Paris' Hof zum Konferenz kommen lassen und wird ihn seinen bereits einmal vertretenen Standpunkt wiederholen lassen, daß Deutschland zurückgeben werden muß, seine zivilen Verhältnisse in Verfall geraten zu sein. Die Verhandlungen in Verfall geraten zu sein. Die Verhandlungen in Verfall geraten zu sein.

Keine Einigung der Gueberständigen.

Paris, 8. Aug. (Sond.) Die mit der Vorberingung der ober- schiedlichen Frage betrauten Gueberständigen beendeten gestern den Bericht an den Kaiser. Derselbe besteht aus drei Teilen: dem ersten, dem zweiten und dem dritten. Derselbe besteht aus drei Teilen: dem ersten, dem zweiten und dem dritten.

Lloyd George für endgültige Regelung.

London, 7. Aug. Daily Chronicle (bestimmlich das Organ Lloyd George's.) Nach dem Bericht über die erste Sitzung der Konferenz der Gueberständigen in London, die am 6. d. M. stattfand, wird Lloyd George für eine endgültige Regelung der Frage betrauten Gueberständigen beendeten gestern den Bericht an den Kaiser. Derselbe besteht aus drei Teilen: dem ersten, dem zweiten und dem dritten.

Eine politische Note an die alliierten Regierungen.

Paris, 7. Aug. Nach Untersuchung der ober-schiedlichen Frage durch den Ministerrat wurde beschlossen, eine Note über die Angelegenheit an die alliierten Regierungen zu richten.

Vertrag in London unterzeichnet.

Paris, 7. Aug. Der „Globe“ teilt mit, daß Corfanti, der nach London gekommen war, um den englischen Botschaft in Paris das Wort für seinen Vorschlag zu erklären.

Die Franzosen und Polen den neuen Vorschlag ablehnen.

Berlin, 8. Aug. Aus Warschau wird gemeldet: In Ober-schiedlichen Verhandlungen über die neue Vorschläge der Franzosen und Polen wird die polnische Regierung die neuen Vorschläge ablehnen. Die polnische Regierung wird die neuen Vorschläge ablehnen.

Der Vertrag zwischen Frankreich und Italien.

Paris, 8. Aug. Der Vertrag zwischen Frankreich und Italien ist unterzeichnet worden. Der Vertrag zwischen Frankreich und Italien ist unterzeichnet worden.

Die Verhandlungen über die Grenzfrage.

Paris, 8. Aug. Die Verhandlungen über die Grenzfrage sind im Gange. Die Verhandlungen über die Grenzfrage sind im Gange.

Die Verhandlungen über die Grenzfrage.

Paris, 8. Aug. Die Verhandlungen über die Grenzfrage sind im Gange. Die Verhandlungen über die Grenzfrage sind im Gange.

Dollische Weberficht.

Hardings Preisproklamation.

Paris, 7. Aug. Die Preisproklamation der Friedenskommission mit Deutschland ist nach einer Mitteilung der „Chicago Tribune“ aus Genesee durch den Präsidenten Harding erst nach seiner Rückkehr nach Washington zu erwarten. Die Preisproklamation der Friedenskommission mit Deutschland ist nach einer Mitteilung der „Chicago Tribune“ aus Genesee durch den Präsidenten Harding erst nach seiner Rückkehr nach Washington zu erwarten.

Amerika bekennt sich zu den bisherigen deutschen Forderungen nicht. Paris, 7. Aug. Wenn die „Chicago Tribune“ gut unterrichtet ist, hat die Reparationskommission beschlossen, daß von den bisherigen Forderungen Deutschlands keine zur Deckung der amerikanischen Forderungen in Betracht kommen. Amerika bekennt sich zu den bisherigen deutschen Forderungen nicht.

Der Vorschlag in der englischen Eisenindustrie.

London, 8. Aug. Der Vorschlag in der englischen Eisenindustrie ist nach einer Mitteilung der „Daily Mail“ abgelehnt worden. Der Vorschlag in der englischen Eisenindustrie ist nach einer Mitteilung der „Daily Mail“ abgelehnt worden.

Währungsangelegenheit.

Paris, 7. Aug. Die Währungsangelegenheit wird in der nächsten Zeit in der Kommission für die Währungsangelegenheit behandelt werden. Die Währungsangelegenheit wird in der nächsten Zeit in der Kommission für die Währungsangelegenheit behandelt werden.

Die arbeitslose Bevölkerung in Angola.

Paris, 7. Aug. Die arbeitslose Bevölkerung in Angola wird in der nächsten Zeit in der Kommission für die Währungsangelegenheit behandelt werden. Die arbeitslose Bevölkerung in Angola wird in der nächsten Zeit in der Kommission für die Währungsangelegenheit behandelt werden.

Die Verhandlungen über die Grenzfrage.

Paris, 7. Aug. Die Verhandlungen über die Grenzfrage sind im Gange. Die Verhandlungen über die Grenzfrage sind im Gange.

Die Verhandlungen über die Grenzfrage.

Paris, 7. Aug. Die Verhandlungen über die Grenzfrage sind im Gange. Die Verhandlungen über die Grenzfrage sind im Gange.

Die Verhandlungen über die Grenzfrage.

Paris, 7. Aug. Die Verhandlungen über die Grenzfrage sind im Gange. Die Verhandlungen über die Grenzfrage sind im Gange.

Die Verhandlungen über die Grenzfrage.

Paris, 7. Aug. Die Verhandlungen über die Grenzfrage sind im Gange. Die Verhandlungen über die Grenzfrage sind im Gange.

Die Verhandlungen über die Grenzfrage.

Paris, 7. Aug. Die Verhandlungen über die Grenzfrage sind im Gange. Die Verhandlungen über die Grenzfrage sind im Gange.

Die Verhandlungen über die Grenzfrage.

Paris, 7. Aug. Die Verhandlungen über die Grenzfrage sind im Gange. Die Verhandlungen über die Grenzfrage sind im Gange.

Die Verhandlungen über die Grenzfrage.

Paris, 7. Aug. Die Verhandlungen über die Grenzfrage sind im Gange. Die Verhandlungen über die Grenzfrage sind im Gange.

Die Verhandlungen über die Grenzfrage.

Paris, 7. Aug. Die Verhandlungen über die Grenzfrage sind im Gange. Die Verhandlungen über die Grenzfrage sind im Gange.

Die Verhandlungen über die Grenzfrage.

Paris, 7. Aug. Die Verhandlungen über die Grenzfrage sind im Gange. Die Verhandlungen über die Grenzfrage sind im Gange.

Die Verhandlungen über die Grenzfrage.

Paris, 7. Aug. Die Verhandlungen über die Grenzfrage sind im Gange. Die Verhandlungen über die Grenzfrage sind im Gange.

Die Verhandlungen über die Grenzfrage.

Paris, 7. Aug. Die Verhandlungen über die Grenzfrage sind im Gange. Die Verhandlungen über die Grenzfrage sind im Gange.

Die Verhandlungen über die Grenzfrage.

Paris, 7. Aug. Die Verhandlungen über die Grenzfrage sind im Gange. Die Verhandlungen über die Grenzfrage sind im Gange.

Die Verhandlungen über die Grenzfrage.

Paris, 7. Aug. Die Verhandlungen über die Grenzfrage sind im Gange. Die Verhandlungen über die Grenzfrage sind im Gange.

Die Verhandlungen über die Grenzfrage.

Paris, 7. Aug. Die Verhandlungen über die Grenzfrage sind im Gange. Die Verhandlungen über die Grenzfrage sind im Gange.



Merseburger Kurier

Ersteinst täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage.
Preis: 10 Pf. für den Abnehmer. Wochensatz 60 Pf. für den Abnehmer. 3 Monate 1.80 Pf. 6 Monate 3.30 Pf. 1 Jahr 6.00 Pf. für den Abnehmer. Einzelhefte 10 Pf. für den Abnehmer.
Gefachshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten
für Stadt und Kreis Merseburg

Abonnementpreis: Für den adretheltesten Abnehmer 30 Pf., für den Rest 1.20 Pf., für die Gutsbesitzer a. Nachweilungen entsprechender Aufschlag. Abonnementpreis ein Vierteljährlich. Schluss der Abnahme: 10 Uhr vormittags.
Verlagsort: Leipzig 39070.
Verantwortl. Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Ar. 183

Montag den 8. August 1921

48. Jahrg.

Künftige deutsch-englische Interessengemeinschaft?

In einem führenden Wiener Blatt veröffentlichte vor kurzem der englische Wirtschaftspolitiker Norman Angell bemerkenswerte Ausführungen, die ohne Zweifel die Ansicht englischer Kreise wiedergeben und, wenn sie sich auch zunächst an die Adresse Frankreichs wenden, doch tatsächlich auch in die Deutschlands gerichtet sind, aus dem Vorwort des Artikels an mehreren Stellen unmittelbar hervorzuheben. Die Ausführungen beginnen mit Feststellung der Tatsache, daß das Kriegsende die Lebenshaltung der Bevölkerung der mitteleuropäischen Wirtschaftsgelände katastrophal abgedrückt habe. Infolgedessen hätten diese Gebiete ein unbeschreibliches Interesse daran, daß die internationalen Zusammenhänge der europäischen und der Weltwirtschaft wieder hergestellt und nicht durch übertriebene Maßnahmen anderer Staaten, deren Eigeninteresse sich noch auf der alten Meinung, daß jedes nationale Gebiet ein getrenntes und anderen notwendig feindliches Wirtschaftsbereich behaupte, neuerdings gefestigt würde. Denn diese mitteleuropäischen Gebiete seien auf die Rohstoffzufuhr und die Naturerzeugung der übrigen Welt angewiesen, deren Einfuhr sie wieder mit den Produkten ihrer verarbeitenden Industrie befragen müßten. Da nun für diese mitteleuropäischen Gebiete infolge der Kriegsergebnisse eine Nachkriegszeit, die irgendwelche wirtschaftlichen Vorbedingungen ihres Wiederanflühens erzeugen könnte, nicht in Betracht komme, so müßten sie gerade die natürlichen Zusammenhänge der Wirtschaft, soweit sie international seien, noch besonders antreiben.

Weiter führt der Artikel aber aus, daß man wohl in Mitteleuropa noch nicht daran gedacht habe, wie sehr sich auch England, obwohl es durch den Ausgang des Krieges gewisse politische Vorteile vor Mittel- und Nordeuropa voraus habe, sich doch in der gleichen Lage befindet. Denn in England erkenne man, daß die politischen Machtverhältnisse eine Wirtschaftsgemeinschaft zwischen den Zusammenhängen nicht erzeugen könnten. Das sei auf der Londoner Reichstagsversammlung Ausdruck gekommen. England müsse vielmehr, ebenso wie Mitteleuropa auf friedlichen Wege seine Rohstoffzufuhr und damit seine Beschäftigung seiner Bevölkerung sichern, die einzig mögliche wäre, Englands Wirtschaft aufrecht zu erhalten. In dieser Hinsicht verhielten sich die englischen Interessen mit denen Deutschlands parallel, und von diesem Standpunkte aus hätten somit die kontinentalpolitischen Pläne, die man die deutschen Politiker und da und dort auch französische begünstigen, keinen natürlichen Sinn.

Diese Überlegungen liegen in der großen Fortsetzung der schon früher besprochenen Rede (Hauptstück, über Vorkriegsstand und zum Teil auch der bekannten Rede Mac Kennas, die trotz ihrer spezifischen Geopolitischen hinsichtlich der deutschen Wirtschaftsausstellung eine Kooperation der deutschen und englischen Wirtschaftsgelände beinahe wörtlich. Es ist unabweislich, daß im Zusammenhang dieser englischen Worte, deren vorläufige Fassung gewissermaßen untereinander zusammenhängen, vor allem das russische Problem steht. In England weiß man, daß der kommunistische Weltkampf zwischen England und Deutschland irgendwie gelöst werden muß, und daß Deutschland darüber hinaus noch als wichtigstes Transitzublen eine ganz besondere Rolle spielen wird. Die kontinentalpolitischen Pläne, die auf die Bildung eines europäischen Produktionsgebietes hinauslaufen, das durch die Zusammenfassung der Eisenproduktion Nordfrankreichs, Belgiens, Luxemburgs und Ostpreussens mit der Kohlenproduktion des Westfalens und des Saargebietes, sowie Westfalens ein von Anfang an in hohem Grade unabhängiges wirtschaftliches Produktionsgebiet bedeuten würde, können natürlich in England nicht gleichgültig aufgenommen werden. Denn dieses Gebiet wäre eine scharfe Konkurrenz für England und könnte den russischen Markt monopolisieren. So weit ist es also als ob Deutschland nur zwischen diesen Plänen und einer wirtschaftlichen Verbindung mit England zu wählen hätte. In Wirklichkeit aber liegen die Dinge anders. Denn die französische Politik, die, sehr zum Unterschied von der englischen, keinen föhlichen wirtschaftlichen Erwägungen folgt, sondern den napoleonischen Traum weiterträgt, meint natürlich unter keinem Umständen nichts anderes als die politische Herrschaft Frankreichs in Europa, wobei Deutschland nur die Bestätigung und möglichst auch die militärische Stütze Frankreichs nach Ausland werden. Hierbei müßte sich Frankreich nicht auf das bestmögliche politische Ergebnis, weil bei seiner Menschenarmut eine rein wirtschaftliche Zukunftsfeststellung der menschenreicheren Produktionsstätte Deutschlands einen gewissen natürlichen Vorzug vor Frankreich böte. Es ist auch kaum anzunehmen, daß die französischen Kontinentalpolitiker dieselbe Meinung wie die deutschen. Denn, wie die Lage heute ist, müßte Frankreich den Deutschen entgegenkommen, wenn aus der Kontinentalpolitik Gewinn werden sollte. Frankreich hat in dieser Sache etwas zu geben, Deutschland aber, nach dem Versailler Vertrag, nichts mehr. Ein Entgegenkommen Frankreichs scheint aber auf lange Zeit hinaus abgeschlossen zu sein. Für die nächste Zeit also bietet sich durch die Bildung von Norman Angell angebeutete natürliche Interessengemeinschaft der Industriekräfte England und Mitteleuropa ein ebenso natürlicher Ausweg aus ihren Schwierigkeiten, die der Weltkrieg schuf und der Versailler Vertrag verlängerte. Alle diese Dinge haben mit Politik nichts zu tun, können aber dennoch, vielleicht gerade deshalb, für die Politik der nächsten Zeit ausschlaggebend sein. Darum, und nicht aus deutschen Gründen, ist die Sicherung Frankreichs zu erklären!

Die gewalttätige Franzöisierung des Saargebietes.

Berlin 8. August. (Drahtbericht der Berliner Groß-Redaktion.) Kurz vor Redaktionsschluss wird aus Saarbrücken telephonisch mitgeteilt, daß die Saarregierung, wie man bei der bitarifrigen Verhandlung ihre Befugnisse nicht anders erwarten konnte, die Durchführung der Autarkieform für das Saargebiet ganzweilte durchgesetzt hat. Durch Veröffentlichung in Nr. 10 und Nr. 11 des Amtsblattes der Regierungskommission des Saargebietes hat die Änderung der Autarkiegesetzgebung erhalten, obwohl alle Parteien (sowie die Kreis- und Bezirksräte) sie abgelehnt haben. Damit hat die französische Regierungskommission des Saargebietes fertig gemacht, der Saarbevölkerung auf dem Wege einer durchgreifenden Autarkieform eine vollkommen neue öffentliche Rechtsordnung aufzuzwingen: eine Maßnahme, die mit wohlüberdachter Sicherheit auf die vollkommene Franzöisierung des Saargebietes hinaus, da sie die letzten Grundrechte der bürgerlichen Konstitutionen im Rechte- und Verwaltungsrecht des Saargebietes beseitigt. Die Saarregierung hat dabei sehr reichlich erzwungen, daß die Schaffung neuer Rechtsverhältnisse — und dies gilt besonders für die Einführung der Zivilprozessordnung — im Laufe eines Jahres bis zur Wirksamkeit auf die staatsbürgerliche Existenzsphäre der Saarbevölkerung nicht verfallen kann, ja, und nicht nur auf die staatsbürgerliche, sondern auch das allgemeine soziale Leben davon in Mitleidenschaft gezogen wird. Schon die politische Schaffung eines völlig neuen Staates des „Saarwohners“ genügt, um den Befreiungen der französischen Politik, deren Einfluß auf die Zusammenfassung der mit dem Einverständnis ausgeführten Elemente des Saargebietes zu gewinnen, alle Mittel zu öffnen. Auf Kosten der bisher ausgeübten Saarverwaltung ist im August ein hundertköpfiges Regierungsamt der eingewanderten Franzosen den wirtschaftlichen und sozialen Bau des Saargebietes betrieblieh. Die deutsche Bevölkerung des Saargebietes, die hier an ein elementares Existenzrecht kämpft, sieht sich gezwungen, mit allen Mitteln gegen eine derartige Vergeßlichkeit zu protestieren.

Die sozialdemokratische „Volksstimme“ in Saarbrücken schreibt: „Alle Einwendungen gegen die Verträge der Regierungskommission und der in dem Gutachten zum Ausdruck getretener einmütigen Willen der Bevölkerung, einer derartigen Autarkieform niemals beizustimmen, hat die Regierungskommission mit einer nachlässigen Danksagung beantwortet — seltsam! Diese Maßnahme traf die Regierungskommission so ein, und ihre Widerstände der Wünsche der Bevölkerung betrafen sie so unerwünscht, daß dem erst geizig herausgegebenen

Sterche Entschcheidung über Oderschlesien!

Diese, Montag, beginnt die entscheidende Beratung des Obersten Rates in Paris über die oberniederrheinische Grenzschlichtung. Man hat den letzten Verhandlungen aus England und Italien Glauben schenken dürfen, wurde Deutschland mit großer Begeisterung der Entscheidung entgegengekommen. Denn sowohl die englische, wie die italienische Presse ist völlig einmütig in der Versicherung, daß eine gerechte Lösung zustande kommen wird. Mehr verlangt auch das deutsche Volk nicht. Gerecht kann in diesem Zusammenhang nur eine Entscheidung sein, die sich an den Wortlaut des Versailler Vertrages, an das Ergebnis der oberdeutschen Volksabstimmung und an die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen des viergespaltenen Bundesstaates hält. Alles das aber steht in der Gegenwart und im einzelnen für Italien und aus Oderschlesien an das Reich. Der Oderschlesienausbruch hat diese gerechte Lösung nicht finden können und seine Arbeit deshalb ergebnislos beendet. Um so mehr muß erwartet werden, daß der Oberste Rat nunmehr eine endgültige gerechte Entscheidung fällt. Ein Kompromiß wird scharflich und bedauert wahrscheinlich fortwährende Vorkommnisse mit allen ihren gramvollen Folgen. In England und in Italien scheint man aber in letzter Stunde klar erkannt zu haben, daß etwas endgültiges geschaffen werden muß. Und die Gefahr, daß eine ungerechte Lösung Oderschlesien zu einem neuen Grenzschlichtung und zum nächsten Ausbruch neuer künftiger Kriege machen würde, wird von den englischen und italienischen Regierungen nicht mehr verkannt. So scheinen dem Außenminister in anderer Stunde die Ausstufen für eine gerechte Entscheidung nicht mehr gar zu ungenügend. Aber Frankreich hält fest an seinem Widerstand. Man darf überzeugt sein, daß Briand alle Mühen springen läßt, um Polen die besten Teile Oderschlesiens auszuhandeln. Selbst mit dem Gedanken eines Wands der Grenze wird eifrig, damit Frankreich freie Hand gegenüber Deutschland erhalte. Was wiederum alles gut tun, was nicht auf die künftigen Hoffnungen hinabsehen. Das deutsche Volk soll nicht mehr die Parteilichkeit mit starken Nerven, wenn auch mit klopfendem Herzen erwarten.

Die Sitzung des Obersten Rates im Zeichen völliger Ungehörigkeit.

Paris, 7. Aug. Lond George James Lord Curzon und die gesamte britische Delegation, sowie der Vizekönig in London, Baron Dufferin, sind heute abend hier angekommen. Sie wurden vom Ministerpräsidenten von Briand und zwei anderen offiziellen Persönlichkeiten empfangen. Briand ist von Lord George für heute abend zu einem Essen eingeladen worden. Die erste Sitzung des Obersten Rates beginnt Montag vormittag 10 Uhr, um dem italienischen Ministerpräsidenten Beniamino Mussolini, an der teilzunehmen. Der italienische Minister für auswärtige Angelegenheiten Marquis del Tevere ist am Sonntagabend in Paris an. Ministerpräsident Beniamino tritt erst kurz vor Beginn der ersten Sitzung des Obersten Rates in Paris ein. Die französische Delegation beim Obersten Rat ist sehr zahlreich aus dem Ministerpräsidenten Briand, dem Minister Loucheur und dem Generalsekretär Dreyfus.

Am Montag Nr. 10 ist heute das Amtsblatt Nr. 11 nachfolgend, das aus dem Verordnungsamt ersichtlich ist. Das antinationalistische französische Staatsblatt der „Chronik“ im Deutschen Reich (Artikel des 14-jährigen 4 des Friedensvertrages von Versailles), das nicht zum ersten Male sich offenbart und zur Kritik wie zum föhlichen Protest herausfordert, macht die Erklärung von Göttingen durch die gewählten Vertreter der Bevölkerung klar. Die beiden in Erwägung stehenden Punkte, ob sie sich künftig noch einmal in eine so unwürdige Stellung hineinbringen lassen wollen, das „Reich“ um unabhängig zum Ausdruck kommen, so daß es alle Welt und dem Vorkriegsstand insbesondere nachsichtig in den Ehren liegt.

Am Montag Nr. 10 ist heute das Amtsblatt Nr. 11 nachfolgend, das aus dem Verordnungsamt ersichtlich ist. Das antinationalistische französische Staatsblatt der „Chronik“ im Deutschen Reich (Artikel des 14-jährigen 4 des Friedensvertrages von Versailles), das nicht zum ersten Male sich offenbart und zur Kritik wie zum föhlichen Protest herausfordert, macht die Erklärung von Göttingen durch die gewählten Vertreter der Bevölkerung klar. Die beiden in Erwägung stehenden Punkte, ob sie sich künftig noch einmal in eine so unwürdige Stellung hineinbringen lassen wollen, das „Reich“ um unabhängig zum Ausdruck kommen, so daß es alle Welt und dem Vorkriegsstand insbesondere nachsichtig in den Ehren liegt.

Die zweite Sitzung des Obersten Rates ist im Zeichen völliger Ungehörigkeit. Die Sitzung des Obersten Rates ist im Zeichen völliger Ungehörigkeit. Die Sitzung des Obersten Rates ist im Zeichen völliger Ungehörigkeit.

Die Sitzung des Obersten Rates ist im Zeichen völliger Ungehörigkeit. Die Sitzung des Obersten Rates ist im Zeichen völliger Ungehörigkeit.

Die Sitzung des Obersten Rates ist im Zeichen völliger Ungehörigkeit. Die Sitzung des Obersten Rates ist im Zeichen völliger Ungehörigkeit.

Die Sitzung des Obersten Rates ist im Zeichen völliger Ungehörigkeit. Die Sitzung des Obersten Rates ist im Zeichen völliger Ungehörigkeit.

Die Sitzung des Obersten Rates ist im Zeichen völliger Ungehörigkeit. Die Sitzung des Obersten Rates ist im Zeichen völliger Ungehörigkeit.

Die Sitzung des Obersten Rates ist im Zeichen völliger Ungehörigkeit. Die Sitzung des Obersten Rates ist im Zeichen völliger Ungehörigkeit.

Die Sitzung des Obersten Rates ist im Zeichen völliger Ungehörigkeit. Die Sitzung des Obersten Rates ist im Zeichen völliger Ungehörigkeit.

Die Sitzung des Obersten Rates ist im Zeichen völliger Ungehörigkeit. Die Sitzung des Obersten Rates ist im Zeichen völliger Ungehörigkeit.

Die Sitzung des Obersten Rates ist im Zeichen völliger Ungehörigkeit. Die Sitzung des Obersten Rates ist im Zeichen völliger Ungehörigkeit.

Die Sitzung des Obersten Rates ist im Zeichen völliger Ungehörigkeit. Die Sitzung des Obersten Rates ist im Zeichen völliger Ungehörigkeit.

Die Sitzung des Obersten Rates ist im Zeichen völliger Ungehörigkeit. Die Sitzung des Obersten Rates ist im Zeichen völliger Ungehörigkeit.

Die Sitzung des Obersten Rates ist im Zeichen völliger Ungehörigkeit. Die Sitzung des Obersten Rates ist im Zeichen völliger Ungehörigkeit.

Die Sitzung des Obersten Rates ist im Zeichen völliger Ungehörigkeit. Die Sitzung des Obersten Rates ist im Zeichen völliger Ungehörigkeit.

Die Sitzung des Obersten Rates ist im Zeichen völliger Ungehörigkeit. Die Sitzung des Obersten Rates ist im Zeichen völliger Ungehörigkeit.

Die Sitzung des Obersten Rates ist im Zeichen völliger Ungehörigkeit. Die Sitzung des Obersten Rates ist im Zeichen völliger Ungehörigkeit.